

„Wir brauchen die Atomkraft“

Finnlands Minister für Klimawandel, Kai Mykkänen, über den Energiemix in der Krise

Während in Deutschland im vergangenen Jahr das letzte Atomkraftwerk abgeschaltet wurde, ging in Finnland ein neues ans Netz. Sind AKWs noch zeitgemäß und die Zukunft?

Ja, das stimmt, und wir haben großes Glück, dass das größte Atomkraftwerk Europas seit diesem Winter am Netz ist. In den letzten zwei Wochen war es in Finnland extrem kalt, und ohne das neue Kernkraftwerk hätten wir tagelang große Probleme mit der Stromversorgung gehabt. Dieses moderne Kernkraftwerk ist daher im Moment die einzige Lösung für Finnland. Als Energie- und Klimaminister bin ich sehr froh über die nukleare Grundlast von über 40 Prozent, die es uns auch ermöglicht hat, dass 94 Prozent unserer Stromerzeugung im letzten Jahr frei von fossilen Brennstoffen waren. Damit haben wir unsere Emissionen aus der Stromerzeugung seit 2010 um fast 90 Prozent reduziert. Mit Blick auf die Zukunft bedeutet jeder realistische Weg zu einer kohlenstoffneutralen Wirtschaft in Finnland, wie in allen anderen Industrieländern auch, eine deutliche Steigerung der Strommenge. Denn wir ersetzen fossile Brennstoffe in Industrie und Verkehr durch Strom und Wasserstoff, der ja auch auf Strom basiert. Und unser Ziel ist, dass dieser Strom vollständig CO₂-frei ist.

In Deutschland befürchtet man, dass ein hoher Anteil erneuerbarer Energien teuer wird. Ist das in Finnland anders?

Nein, und die Frage nach günstigem Ökostrom beschäftigt nicht nur die finnischen Bürger, sondern auch die Industrie. Investoren fragen nach Zehnjahresverträgen mit festen Strompreisen. Das ist derzeit eine der größten Herausforderungen im Wettbewerb um Investitionen der Schwerindustrie in Finnland. Wir müssen also ein Gleichgewicht zwischen unseren erneuerbaren Energien und der Kernenergie finden, um eine günstige und stabile Grundlast für Industriekunden zu gewährleisten. Es ist klar, dass wir in Zukunft mehr Wind- und Solarenergie haben werden, und wir brauchen auch flexible Energiequellen, Pumpspeicher und Batterien. Aber wir brauchen nach wie vor die Atomkraft, um die Grundlast für die Industrie zu sichern.

Nicht nur Finnland, sondern auch andere EU-Länder investieren in neue Atomkraftwerke, statt sich ganz auf



Neu im Betrieb: Der dritte Reaktor des Atomkraftwerks Olkiluoto im finnischen Eurajoki.

FOTO: HEIKKI SAUKKOMAA/DPA

Wir sollten alle sauberen Energiequellen gleich behandeln.



Finnlands Minister für Umwelt und Klimawandel, Kai Mykkänen, von der konservativen Regierungspartei.

FOTO: HANS PUNZ/DPA

erneuerbare Energien zu konzentrieren. Wie passt das zu den europäischen Zielen, den Ausbau der erneuerbaren Energien schnell voranzutreiben?

Erstens wollen wir erreichen, dass das Klimapaket und die europäische Klimaarchitektur stärker auf einen technologieneutralen Ansatz ausgerichtet werden. Jeder Mitgliedsstaat sollte seinen eigenen Weg zur Klimaneutralität wählen können. Wir dürfen die Kernenergie nicht verbieten, denn sie ist der realistischste Weg, um weg von fossilen Brennstoffen und CO₂-Emissionen zu kommen. Ich weiß, dass

viele Menschen in Deutschland Atomkraft nicht mögen. Aber wir glauben, dass dies der einzige Weg ist, um unsere Emissionen aus der Stromerzeugung ausreichend zu reduzieren, und wir kümmern uns auch um den Atommüll. Deutschland sollte unseren Weg verstehen, muss ihm aber nicht folgen. Und zweitens würden wir gern die Ziele für erneuerbare Energien durch Ziele für nicht fossile Energien ersetzen, anstatt immer zwischen erneuerbaren und nuklearen Energien zu unterscheiden. Nur um das klarzustellen: Wir haben in Finnland kein Problem mit erneuerbaren Energien, im Gegenteil: Die Strommenge aus Windkraft ist in den letz-

ten fünf Jahren sprunghaft angestiegen. Die Windenergie ist heute eine der drei wichtigsten Stromquellen, aber ihr Produktionsniveau ist nicht sicher, und deshalb halten wir es für besser, eine nukleare Grundlast zu haben.

Sollten EU-Gelder für den Umstieg auf grüne Energie auch für den Bau von Atomkraftwerken verwendet werden?

Ja, wir sind der Meinung, dass wir alle sauberen Energiequellen gleich behandeln sollten. Deshalb sollte die gesamte CO₂-freie Stromerzeugung mit EU-Mitteln gefördert werden. Wir hoffen aber, dass wir die staatlichen Subventionen minimieren können. Die Finanzmärkte sind besser darin, Gewinner auszuwählen, als wir in der Regierung.

Interview: Sven Christian Schulz

Putin baut Beziehungen zu Kim aus

Moskau. Russland hat bei einem Besuch der nordkoreanischen Außenministerin Choe Son-hui die enge Zusammenarbeit mit dem isolierten kommunistischen Land bekräftigt. „Wir haben mehrmals gesagt, und ich bin bereit, das zu wiederholen, dass Nordkorea unser wichtiger Partner ist“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow am Mittwoch der Nachrichtenagentur Tass zufolge. „Wir wollen die Beziehungen auf allen Gebieten ausbauen, einschließlich der sensiblen.“ Choe Son-hui hatte am Vortag mit ihrem russischen Kollegen Sergej Lawrow gesprochen und war danach auch von Präsident Wladimir Putin empfangen worden.

Beim Treffen mit dem Kremlchef sei es um aktuelle internationale Fragen, vor allem aber um die bilateralen Beziehungen gegangen, berichtete Peskow. Das russische Außenministerium teilte mit, Lawrow und sein Gast hätten über diplomatische Wege zur Beilegung des Konflikts zwischen Nord- und Südkorea gesprochen. Detailliertere Angaben zu den Gesprächen wurden nicht gemacht. Einen genaueren Bericht stellte Ministeriumssprecherin Maria Sacharowa in Aussicht.

Im Ausland wird die Annäherung zwischen Moskau und Pjongjang mit großem Misstrauen gesehen. Im Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Russland nicht nur Artilleriemunition, sondern zuletzt angeblich auch ballistische Raketen aus Nordkorea eingesetzt. Befürchtet wird, dass Russland dem diktatorisch regierten Land in Fernost technisch bei dessen Waffenprogrammen helfen könnte.

Gesetz zu Cannabis soll kommen

Berlin. Die SPD-Fraktion strebt weiterhin an, das Gesetz zur Legalisierung von Cannabis „zeitnah“ im Bundestag zu verabschieden. „Daran halten wir fest“, sagte Fraktionsgeschäftsführerin Katja Mast am Mittwoch in Berlin. Eine Sprecherin von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) sagte: „Aus unserer Sicht steht der Gesetzentwurf.“ Es sei Sache des Parlaments, letzte Änderungen vorzunehmen und die zweite und dritte Lesung im Bundestag anzusetzen. Ein konkreter Termin dafür wurde aber zunächst nicht bekannt. Aus Bayern kam erneut der Appell, das Vorhaben doch noch zu stoppen. Die Ampelkoalitionsfraktionen hatten sich Ende November darauf verständigt, Cannabis im Betäubungsmittelgesetz von der Liste der verbotenen Substanzen zu streichen. Eigenanbau und Besitz bestimmter Mengen der Droge sollen für Volljährige ab 1. April 2024 erlaubt sein. Zum 1. Juli sollen Clubs zum gemeinsamen Anbau möglich werden.

Mehr Aufmerksamkeit für Veteranen

Zentrale Anlaufstelle für Soldaten der Bundeswehr in Berlin eröffnet



Soldaten der Bundeswehr bekommen Unterstützung. FOTO: HENNING KAISER/DPA

Berlin. Die Debatte darüber, wie man ehemalige Bundeswehrosoldaten angemessen würdigen und wo nötig unterstützen kann, läuft schon länger. Jetzt folgen Konsequenzen. Die Ampelkoalitionen und die Union sind sich seit dem Herbst darüber einig, dass es einen bundesweiten Veteranentag geben soll. Auch Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) ist dafür.

Am Mittwochabend stand die Eröffnung und Einweihung eines Veteranenbüros auf der Tagesordnung. Es hat seinen Platz in Berlin, in

der Nähe des Regierungsviertels. Dort sind acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ganz praktische Fragen zuständig. Dazu gehört die Erteilung von Veteranenabzeichen ebenso wie der Nachweis von Dienstzeiten bei der Bundeswehr. Dazu gehören aber ebenso Hilfen für Betroffene, die etwa in Auslandseinsätzen gesundheitliche Schäden erlitten haben. Es gehe um einfache und komplexe Dinge, heißt es im Verteidigungsministerium. Zudem hielten Mitarbeitende Vorträge und arbeiteten konzeptionell.

Die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl (SPD), sagte dem RND: „Die Einrichtung dieser zentralen Anlaufstelle für im Einsatz oder Dienst geschädigte Soldatinnen und Soldaten war mir eine Herzensangelegenheit, die ich lange begleitet und unterstützt habe. Neben der Stärkung der Fürsorge für die Betroffenen ist das Veteranenbüro ein wichtiger Baustein, um die Sichtbarkeit von Veteraninnen und Veteranen in unserer Gesellschaft zu erhöhen.“ Denn die Betroffenen müssten jene Wertschätzung

bekommen, die sie verdienten, so Högl. „In diesem Sinne wären weitere Initiativen, wie die Einführung eines Veteranentages oder die Einrichtung eines Veteranenheims für in Not geratene Veteraninnen und Veteranen, wünschenswert.“

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Einsatzveteranen, Bernhard Drescher, sagte dem RND: „Wir freuen uns, dass endlich dieser erste Schritt getan wurde. Darauf hat die Veteranenbewegung gewartet. Jetzt kommt es darauf an, was daraus gemacht wird.“ mdc

Rebellion im Parlament

Der Streit innerhalb der Tory-Partei über das Abschiebengesetz von Rishi Sunak legt die britische Politik lahm

Von Susanne Ebner

London. In einem Interview beschrieb Rishi Sunak einmal, was ihm dabei hilft, auch in stressigen Situationen im Parlament die Nerven zu bewahren. Eine wichtige Hilfe sei dann die Unterstützung aus den eigenen Reihen, sagte er damals. Jenen Reihen in Westminster, wo konservative Parlamentarier auch am Mittwoch eng gedrängt nebeneinander saßen und dem Premier raunend zustimmten.

Am Dienstag und Mittwoch wurde jedoch deutlich, dass dieser Rückhalt für den 43-Jährigen zumindest auf den hinteren Bänken deutlich schwindet. Denn Sunak er-

lebte die größte Rebellion seiner Amtszeit überhaupt.

Bei den Abstimmungen zu Änderungsanträgen an einem Gesetzentwurf über den Asylpakt mit Ruanda fiel der Aufstand innerhalb der Tory-Fraktion größer aus als erwartet. Nach emotionalen Debatten nahmen am Dienstag gleich drei konservative Parlamentsabgeordnete ihren Hut, weil ihnen der von Sunak vorgebrachte Entwurf nicht weit genug geht. Bei der Abstimmung über das neue Asylgesetz, die für Mittwochabend geplant war, drohten mehrere Abgeordnete des rechten Tory-Flügels, gegen die eigene Regierung zu stimmen. Ungefähr 30 Gegenstimmen aus dem eigenen



Rishi Sunak, Premierminister von Großbritannien, erlebt heftigen Gegenwind aus seiner eigenen Partei.

FOTO: LEON NEAL/DPA

Lager reichen aus, um das Gesetz zu kippen. Es wäre ein schwerer Schlag für den Regierungschef, der seine Führung infrage stellen würde.

Zu der Krise geführt hat ein provokanter Plan der Tory-Regierung. Um Menschen von der gefährlichen Reise in kleinen Booten über den Ärmelkanal abzuschrecken, sollen illegale Migranten nach Ruanda ausgeflogen werden, wo sie dann auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten. Eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen. Weil Sunak seine politische Zukunft mit dem Projekt verknüpft, geht er große Risiken ein. Der Gesetzentwurf soll das ostafrikanische Land als ein sicheres Drittland ein-

stufen, entgegen dem Urteil des britischen Obersten Gerichtshofs. Menschenrechtler kritisieren den Vorstoß deshalb scharf und bezeichnen ihn als „Angriff auf die Gewaltenteilung“. Auch die Kosten sorgen für Diskussionen: Die britische Regierung hat im Zuge des Deals bislang umgerechnet mehr als 270 Millionen Euro an Ruanda gezahlt. Wegen Klagen und rechtlicher Schritte konnte bislang jedoch kein Migrant in das ostafrikanische Land ausgeflogen werden.

Vor diesem Hintergrund erhielt der Premier am Dienstag und Mittwoch massiven Gegenwind insbesondere aus dem rechten Lager der Partei.